Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 228 (1955)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 1. Juli 1953 bis 25. Juni 1954)

Nachdem die Blockade von Berlin im Jahre 1948 und die Kriegseröffnung in Korea im Jahre 1950 Höhepunkte der Spannung zwischen dem kommunistischen Block und der Gemeinschaft der freien Völker gebracht hatten, stand der Zeitraum, über den wir hier berichten, ganz im Zeichen eines Versuchs, die Gegensätze zwischen diesen beiden Gruppen abzubauen. Man könnte nicht behaupten, daß dieser Versuch sehr erfolgreich war, aber immerhin war festzustellen, daß die akute Kriegsgefahr abgenommen hat und damit auch das Wettrüsten in ruhigere Bahnen gelenkt worden ist. Die Eröffnung dieser Periode wurde markiert durch eine Rede, die der englische Ministerpräsident, Sir Winston Churchill, am 11. Mai 1953 im Unterhaus gehalten hatte. Er schlug vor, man sollte mit Rußland „Gespräche auf höchster Ebene" abhalten, um eine Verständigung zu suchen. Es schwebte ihm dabei das Vorbild der Dreier-Besprechungen während des zweiten Weltkrieges vor, als die Regierungschefs von Amerika, England und Rußland mehrmals zusammenkamen, um das Schicksal der Welt zu regeln. Diese Rede Churchills war ausgelöst worden durch eine auffällig versöhnliche Politik der Russen, wenigstens in kleinen Dingen. Churchill schloß daraus, daß die Russen unter Malenkow vielleicht auch in der großen Politik verträglicher geworden sein könnten.

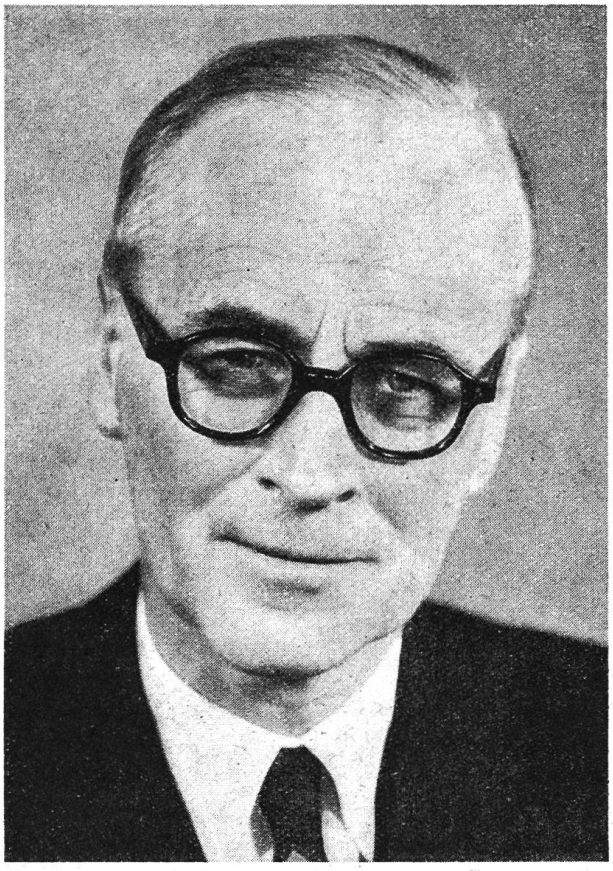
Aus den „Gesprächen auf höchster Ebene" wurde zwar nichts, denn die Amerikaner hatten gar kein Zutrauen zu dem Plan, und Churchill wurde krank und mußte in seinem Amt für längere Zeit aussetzen. Statt dessen beschlossen die drei Westmächte, d. h. England, Amerika und Frankreich, mit diplomatischen Noten bei den Russen anzuklopfen. Sie schickten am 15. Juli 1953 eine erste Note nach Moskau, worin sie eine Konferenz der Außenminister vorschlugen, um über die Probleme Deutschland und Österreich zu reden. Damit begann ein Notenwechsel, der immer unerfreulicher wurde, da die Russen alle möglichen unannehmbaren Forderungen stellten, so daß die Westmächte schließlich die Flinte schon ins Korn werfen wollten, bis am 27. November Rußland doch noch eine Viererkonferenz vorschlug, ohne Bedingungen zu stellen. Diese Konferenz fand dann vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin statt.

Sie unterschied sich von früheren Konferenzen der gleichen vier Partner dadurch, daß der russische Delegierte, Außenminister Molotow, nicht mehr bis zur Bewußtlosigkeit auf Verfahrensfragen herumritt und dafür in der eigentlichen Debatte eine große Beweglichkeit zeigte, die bewies, daß er nicht mehr wie zu Stalins Zeiten einer Marionette gleich an einem Schnürchen, das nach Moskau führte, zappeln mußte. Sachlich kam man aber nicht weiter als zuvor. In der Deutschlandfrage blieben die Standpunkte so unverrückt wie je. Sowohl die Westmächte wie die Russen bekannten sich grundsätzlich dazu, daß die beiden Hälften Deutschlands wieder zusammengesetzt werden sollten, aber jeder hatte seine eigene Patentlösung, mit der er seine Interessen sichern wollte. Die Westmächte operierten mit dem Argument der freien Wahlen für ganz Deutschland, da sie genau wußten, daß dann auch die Ostdeutschen ein überwältigendes Bekenntnis zur Demokratie ablegen würden und damit der ganze kommunistische Spuk in der heutigen „Deutschen Demokratischen Republik" verschwinden würde. Die Russen wollten sich natürlich nicht mit dem Stimmzettel aus ihren ostdeutschen Positionen vertreiben lassen, sondern schlugen ein Wahlsystem vor, wie es sich in den kommunistischen Staaten bereits „bewährt" hatte, wodurch sie ihrerseits hofften, den kommunistischen Machtbereich bis zum Rhein auszudehnen.

Auch in bezug auf Österreich erreichte die Berliner Konferenz nichts Positives, obschon für die bedauernswerten Österreicher das hehre Bild der goldnen Freiheit so nahe rückte, daß sie es schon glaubten mit Händen greifen zu können. Die Westmächte erklärten nämlich unvermittelt, daß sie in allen noch strittigen Punkten des Staatsvertrages den russischen Standpunkt annähmen, so daß die Russen sich an keinen Paragraphen mehr klammern konnten, um die Unterzeichnung des Dokumentes zu verweigern. Molotow mußte sich denn auch wohl oder übel bereit erklären, den Staatsvertrag abzuschließen, aber er forderte, daß auch nachher noch russische Truppen

in Österreich stationiert werden sollten. So war es nun nicht gemeint! Darauf konnten weder die Westmächte noch die Österreicher eingehen, denn der Staatsvertrag sollte ja den Österreichern die Befreiung und nicht ein Andauern der Besetzung bringen. Damit endete auch das zweite Traktandum der Konferenz mit einem Schiffbruch.

Dennoch gingen die vier Außenminister in Berlin nicht völlig unverrichteter Dinge auseinander. Sie einigten sich darauf, binnen zweier Monate im schönen Genf wieder zusammenzutreten, um dort die Fragen Korea und Indochina zu behandeln. Zu dieser Konferenz sollte auch China eingeladen werden. Molotow versuchte es durchzusetzen, daß die Genfer Konferenz als eine Fünferkonferenz aufgezogen werde, bei der China als gleichberechtigte einladende Macht auftreten solle; die Westmächte, unter Anführung der Amerikaner, weigerten sich aufs bestimmteste, China diese Art diplomatischer Anerkennung zu gewähren, und Molotow lenkte schließlich ein, da ihm sehr viel an dieser Asienkonferenz gelegen schien.



Rodolphe Rubattel
Bundespräsident für das Jahr 1954

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

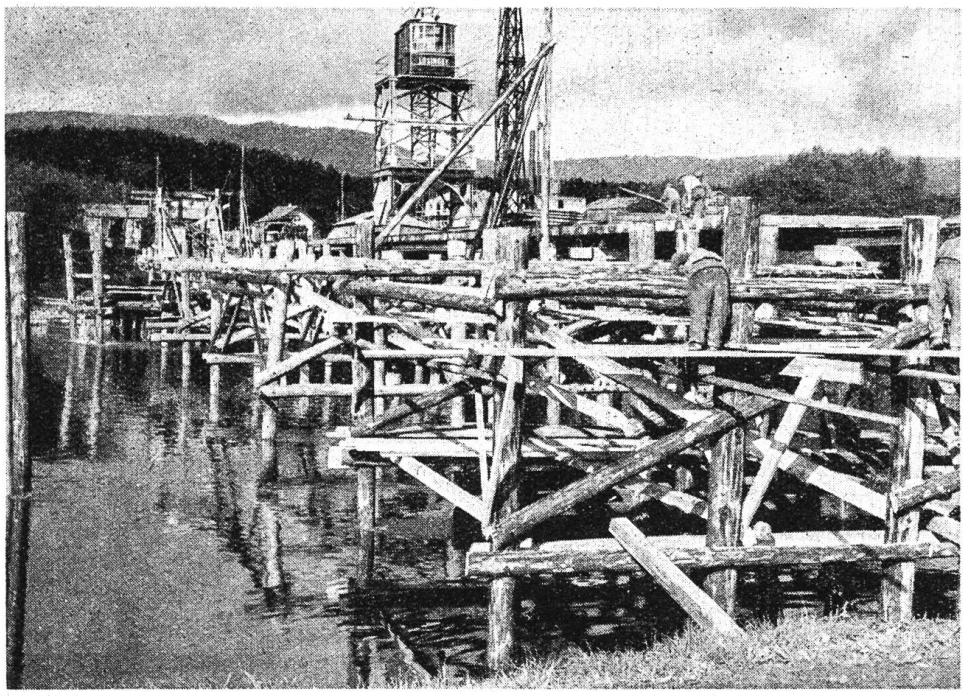
Am 26. April traten dann die gleichen vier Außenminister wie in Berlin, nämlich Dulles (Amerika), Eden (England), Bidault (Frankreich) und Molotow (Sowjetunion) in Genf zusammen, wobei aber der chinesische Ministerpräsident und Außenminister, Tschu En-lai, von Anfang an mit solcher Aufmerksamkeit bedacht wurde, daß man – diplomatische Anerkennung hin oder her – von einer Fünferkonferenz sprechen durfte. Man einigte sich rasch, daß die am indochinesischen Konflikt direkt Beteiligten ebenfalls zur Konferenz zugezogen werden sollten, nämlich die Regierungen von Vietnam, Laos und Kambodscha einerseits und die kommunistische Regierung des Vietminh andererseits. Bei den Verhandlungen über Korea waren ebenfalls die Regierungen von Nord- und von Südkorea vertreten. Die Sitzungen, an denen die koreanische Frage behandelt wurde, verliefen ergebnislos, da sich beide Parteien innerlich bereits damit abgefunden hatten, die Teilung Koreas längs der Demarkationslinie als vollendete Tatsache anzuerkennen. Bei den Verhandlungen über Indochina einigte man sich auf das Prinzip, daß die Truppen auf gewisse Zonen umgruppiert werden sollten, und daß eine Überwachungskommission den Waffenstillstand kontrollieren solle. Bei Abschluß dieses Berichtes war die Konferenz weder über die Abgrenzung dieser Zonen noch über die Zusammensetzung der Kontrollkommission einig geworden. Als unverrückbarer Stein des Anstoßes erwiesen sich auch die Differenzen über Laos und Kambodscha. Die kommunistischen Mächte wollten das Waffenstillstandsregime auch auf diese Länder ausdehnen, was ihnen eine ständige Einmischung gestatten würde, während die westlichen Länder auf dem Standpunkt beharrten, daß in diesen Ländern kein Bürgerkrieg herrsche, sondern nur gewisse Vietminhstreitkräfte dort von außen her eingedrungen

seien, deren Rückzug den Waffenstillstand sichern würde. Nach dem bisherigen Verlauf der Konferenz zu schließen, konnte man ihr im Juni 1954 keine gute Prognose stellen.

*

Als in Korea der Krieg ausbrach, hätten wir es uns wohl nicht träumen lassen, daß unsere kleine Schweiz auch noch einmal direkt etwas damit zu tun haben würde. Glücklicherweise stellte sich nie die Frage, daß sie auch Truppen dorthin schicken sollte wie jene Staaten, die der UNO angehören; dafür aber sollte sie ihre Rolle bei der Wiederherstellung des Friedens spielen. Der Fall zeigt, daß die Großen der Welt manchmal doch auch recht froh sind, wenn noch ein kleiner Neutraler da ist, auf dessen Hilfe man im gegebenen Moment zählen kann. Im Waffenstillstandsabkommen vom 27. Juli 1953 war vorgesehen, daß die Schweiz zwei Überwachungskontingente nach Korea schicken sollte, die dort mit Kollegen aus Schweden, Polen und der Tschechoslowakei zusammenzuarbeiten hätten. Das erste Kontingent, das sofort abreisen mußte und bis zum Ende des Berichtsjahres in Funktion blieb, sollte kontrollieren, ob die militärischen Klauseln des Waffenstillstandsabkommens eingehalten würden, es mußte z. B. darüber wachen, daß die ehemals kriegführenden Parteien ihre Bestände nicht vergrößerten. Das zweite Kontingent mußte erst später nach Korea fliegen, um dort vom 23. September bis 23. Dezember die sogenannte Aufklärung der Gefangenen zu überwachen. Von den chinesischen und nordkoreanischen Gefangenen hatten sich nämlich rund 50 000 geweigert, in ihre Heimat zurückzukehren, da sie dem Kommunismus abhold waren. 25 000 waren von der südkoreanischen Armee, die sie bewachte, ganz reglementswidrig freigelassen worden, weshalb beinahe der Waffenstillstand gescheitert wäre, die übrigen wurden der neutralen Kommission übergeben, wobei die Inder das Präsidium und die Bewachungstruppen stellten.

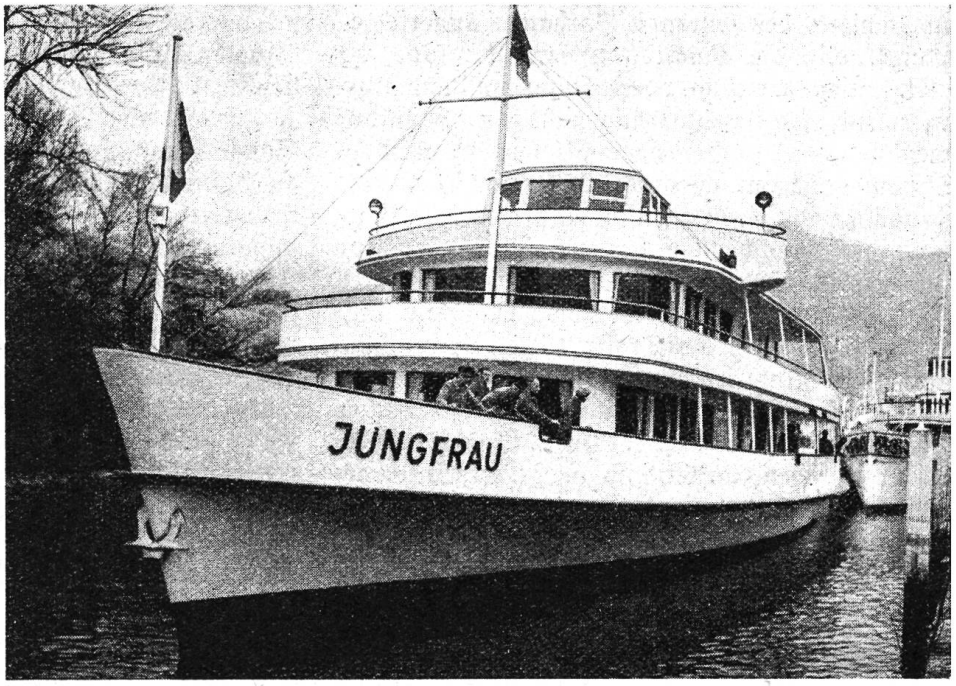
Die Aufklärung war ein großer Mißerfolg für die Kommunisten, indem sich nur wenige der Gefangenen von den nordkoreanischen und chinesischen Agenten zur Rückkehr bewegen ließen. Es kam manchmal zu dramatischen Szenen, schließlich gaben die Agenten ihre Bemühungen auf und versuchten durch diese Sabotage zu erreichen, daß die Gefangenen weiter hinter Stacheldraht bleiben sollten. Dazu boten nun die Inder, Schweizer und Schweden die Hand nicht. Sie erklärten am 23. Dezember die Aktion für beendet – 3 Monate waren im Waffenstill-



Die Aarebrücke bei Brügg auf der Strecke Bern–Biel, die den Anforderungen des Verkehrs schon lange nicht mehr entspricht, kann endlich ersetzt werden. Hier ein Bild vom Bau der neuen Brücke.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

standsvertrag vorgesehen –, gaben die Gefangenen an die UNO-Truppen zurück, die ihnen ihrerseits zivilen Status gewährten und sie im Januar freiließen. Die Chinesen unter den Gefangenen gingen fast vollständig ins Lager Tschiang Kai-scheks über, indem sie sich nach Formosa bringen ließen. Damit war die Funktion der Schweizer Kriegsgefangenenkommission beendet, und ihre Mitglieder konnten in die Heimat zurückkehren. Manch ein Schweizer lernte so ein fremdartiges fernöstliches Land kennen, mit dem wir bisher nie in nähere Berührung getreten sind. Die Überwachungskommission dagegen funktionierte weiter, wobei aber natürlich ihre Mannschaften auch abgelöst wurden.



Im April 1954 fand in Thun der Stapellauf des neuen Thunerseeschiffes „Jungfrau" statt.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Über die Bedeutung der schweizerischen Beteiligung in Korea hielt Bundesrat Petitpierre am Ustertag, im Dezember 1953, eine große Rede, wobei er betonte, daß es sich für die Schweiz darum gehandelt habe, einen Akt der internationalen Solidarität zu begehen. Es gab in der Schweiz auch Kreise, die fanden, diese Aufgabe sei mit unserer Neutralität unvereinbar und man könne sich in Korea keine Lorbeeren holen, sondern höchstens in unliebsame Verwicklungen geraten. Ende Mai 1954 ließ dann der Bundesrat seine Gesandten in Washington und Peking sondieren, wie der Tätigkeit der neutralen Kommission ein Ende gesetzt werden könnte; denn die Schweiz will natürlich nicht auf alle Zeiten schweizerische Wehrmänner nach Korea senden, deren Ausrüstung und Besoldung nicht gerade billig sind. Nachdem es den Anschein hat, daß der Waffenstillstand dauernden Charakter bekommt, ist es am Platz, daß die nur als Übergang gedachte Tätigkeit der Neutralen nicht bis ins Unendliche fortgesetzt wird.

Die Umwandlung des Waffenstillstandes in einen Frieden wäre die Aufgabe der politischen Koreakonferenz gewesen, die auch im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen war. Es gelang aber nicht, diese Konferenz auch nur einzuberufen, da sich die Chinesen und Amerikaner nicht über die Modalitäten einigen konnten. An einer Vorkonferenz in Panmunjom stritten sie sich monatelang über die Fragen, ob auch Neutrale wie Indien einzuladen seien, oder ob Rußland ein Neutraler oder ein Kriegführender sei. Die Erbschaft dieser gescheiterten Konferenz trat dann auch die Genfer Konferenz an, wobei sich aber zeigte, daß es ebenso schwer war für Korea eine Lösung zu finden wie für Deutschland.

*

Als am 6. März 1953 Josef Stalin, der alte Diktator von Rußland, starb, war man diesseits

und jenseits des Eisernen Vorhangs äußerst gespannt, wie die Macht nun verteilt würde, ob z. B. einer der führenden Kommunistenhäuptlinge sich selbst zum allgewaltigen Herrscher aufschwingen würde, oder ob das tyrannische System etwa gar wieder etwas gelockert werde. Zunächst hatte es den Anschein, als ob der Übergang der Macht ohne größere Störungen vor sich gehen würde. Die drei obersten Häupter der Parteihierarchie, Malenkow, Molotow und Beria, teilten sich als Troika (Dreigespann) die Herrschaft. Unterirdisch brach aber sogleich ein Nachfolgekampf aus, der am 11. Juli mit der Niederlage des Polizeichefs Beria endete. Dieser wurde verhaftet, und am 23. Dezember erfuhr man dann, daß er als Verräter verurteilt und hingerichtet worden sei. Dies ist der übliche Stil, nach welchem in diktatorischen Ländern verfahren wird, wo sich die Eliten nicht im parlamentarischen Leben sondern im Intrigenspiel hinter den Kulissen emporarbeiten; jene, die weniger glücklich sind, müssen ihr Streben oft genug mit Gefängnis oder Tod bezahlen. Dem grausamen Polizeiminister Beria, dem Herrn über die Sklavenheere der russischen Konzentrationslager, hat niemand eine Träne nachgeweint.

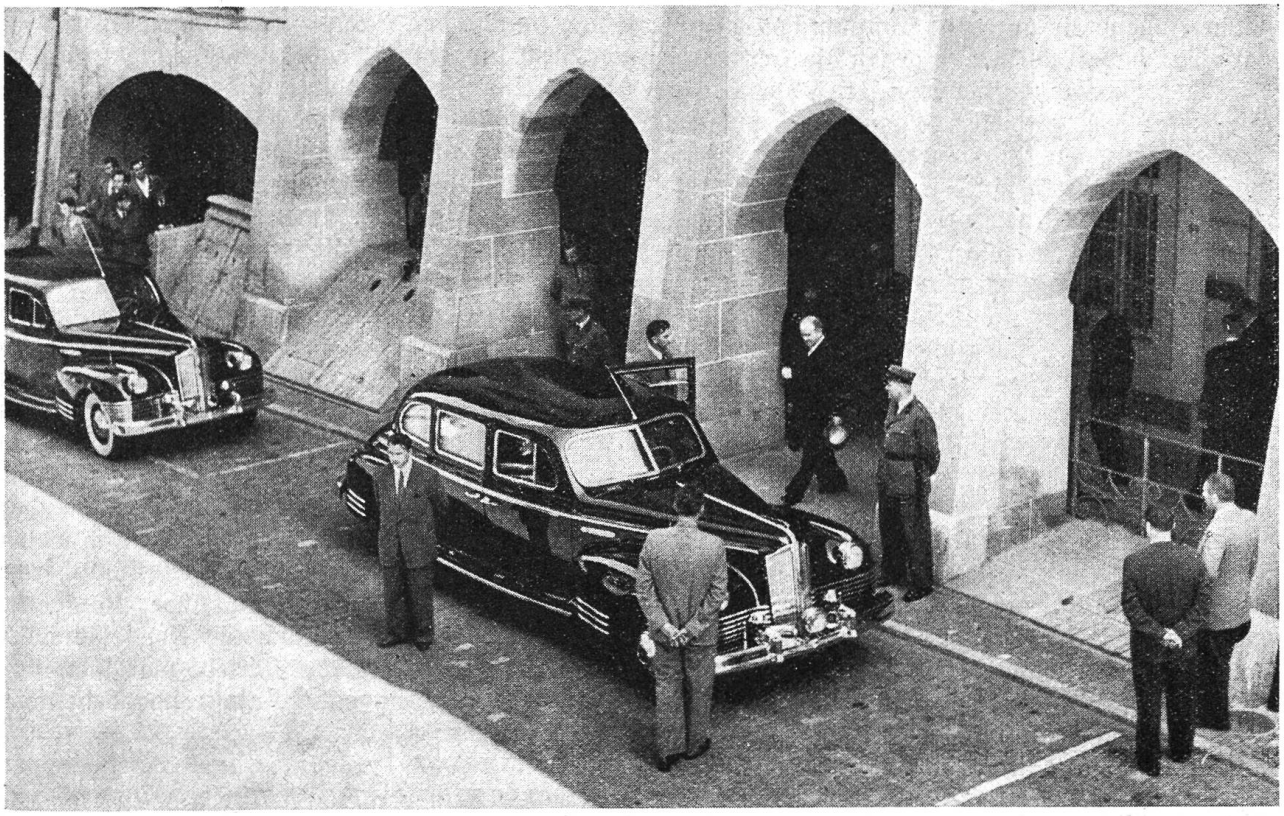
Das Regime Malenkow überstand diese Krise ohne Erschütterung, und Georgi Malenkow selbst sicherte sich die unbestrittene erste Stellung im Staate. Ungleich Stalin läßt er sich aber nicht anbeten und vergötzen, sondern rückt die Partei und nicht seine eigene Persönlichkeit als tragendes Element des Staates in den Vordergrund. Der alte Stalin aber ist schon bald ganz vergessen. Innenpolitisch ist das Regime Malenkow bestrebt, die Produktionskrise der Landwirtschaft zu beheben und das Volk allgemein mit Konsumgütern besser zu versorgen. Auch in Rußland ist der Lebensstandard langsam im Ansteigen begriffen, wenn er auch noch weit hinter jenem in freiheitlichen Ländern nachhinkt. Von einer Demokratisierung in Rußland kann aber keine Rede sein, dafür gibt es keinerlei Anzeichen.

Außenpolitisch hat Rußland seine Taktik völlig geändert. Während Stalin die westliche Welt andauernd vor den Kopf stieß und Rußland in eine totale Isolierung führte, verfolgen Malenkow und Molotow eine klügere Richtung. Sie zeigten sich überall versöhnlich, wo es sie nichts kostet, und öffneten hie und da sogar einen kleinen Spalt im Eisernen Vorhang, durch den gelegentlich ein Journalist oder eine Reisegesellschaft nach der Sowjetunion hindurchschlüpfen durfte. Sie hoben die Kontrolle an der russischen Zonengrenze in Österreich auf und bezahlen ihre eigenen Besatzungskosten selbst. Sie führten Rußland ins Internationale Arbeitsamt zurück und meldeten es zur UNESCO an. Sie beteiligen sich an allen möglichen internationalen Gesprächen und wollen den Eindruck erwecken, daß die Russen Leute seien, mit denen man auch reden könne und gegen die man keine so gefährlichen Pakte wie den Atlantikpakt, die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft und ähnliche Organisationen nötig habe. Die großen Linien der russischen Politik haben sich aber auch seit Stalins Tod nicht geändert, das konnte man an den Konferenzen von Berlin und Genf ja deutlich erkennen.

*

Wer erwartet hatte, daß in Amerika nach dem Amtsantritt Eisenhowers und der Wahl eines mehrheitlich republikanischen Kongresses eine lebhafte Tätigkeit einsetzen werde, um die Gesetzgebung im republikanischen Sinne umzukrempeln, mußte mit Enttäuschung feststellen, daß Eisenhowers Regime in diesem Sinn hinter seinen eigenen Plänen zurückblieb. Das ganze innenpolitische Geschehen wurde durch Senator McCarthy überschattet, der, auf der Welle der Spionenfurcht reitend, es erreichte, die meistgenannte Persönlichkeit Amerikas zu werden. Als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses des Senates zur Bekämpfung der kommunistischen Gefahr hatte er die Möglichkeit, sich überall einzumischen und jedermann vor seinen Ausschuß zu laden. Geschützt durch die parlamentarische Immunität konnte er sogar die größten Lügen ungestraft verbreiten. Er begann seine Karriere mit der sensationellen Erklärung, daß das amerikanische Staatsdepartement (Außenministerium) mit kommunistischen Spionen verseucht sei, aber den Beweis blieb er schuldig. Im Frühling 1954 hat er aber den Bogen dann doch überspannt, indem er die amerikanische Armee aufs Korn nahm und dort nach versteckten Kommunisten jagte.

Dabei behandelte er den verdienten, mit hohen Auszeichnungen geschmückten General Zwicker, der bei ihm wegen eines kommunistischen Armeezahnarztes namens Dr. Pereß hatte vortraben müssen, wie einen Schulbuben, was den Konflikt zwischen ihm und Heeresminister Robert Stevens zum Ausbruch brachte. Es zeigte sich bald, daß eine persönliche Differenz den Hintergrund des Streites bildete, der im April vor eine Untersuchungskommission des Senates gebracht wurde, vor der Stevens und McCarthy ihre Vorwürfe vertreten mußten. Stevens beschuldigte McCarthy, daß er und sein Mitarbeiter Cohn auf die Armee einen Druck ausgeübt hätten, um dem engsten Mitarbeiter Cohns, dem jungen Schine, der als Rekrut zur Armee eingezogen worden war, eine Beförderung zum Offizier und mannigfaltige Privilegien zu verschaffen. McCarthy andererseits behauptet, Stevens habe den Rekruten Schine als Geisel mißbraucht, um die drohende Untersuchung McCarthys über die Verseuchung der Armee durch den Kommunismus zu hintertreiben. Diese wenig erfreuliche Geschichte, die im Lichte der Scheinwerfer vor unzähligen Fernsehkameras ausgebreitet wurde, war dem Ansehen McCarthys nicht gerade zuträglich. Als biederer Schweizer muß man sich aber wundern, daß dieser professionelle Schmutzwerfer überhaupt so hoch aufsteigen und eine wirkliche Popularität erringen konnte, eine Popularität, die so groß ist, daß Eisenhower sich die längste Zeit fürchtete, offen Front gegen McCarthy zu beziehen. Dabei ist es offensichtlich, daß die Herrschaft eines solchen Mannes das Ende aller Freiheit bringen muß; denn was McCarthy vertritt, ist Gedankenschnüfflerei. Nach ihm wäre jeder,



Der russische Außenminister Molotow stattete anläßlich der Genfer Konferenz dem Bundespräsidenten einen Besuch ab. Unser Bild zeigt ihn stark bewacht beim Ausgang des von-Wattenwyl-Hauses.

Photo W. Rydegger, Bern

der einmal zwei Worte mit einem Kommunisten gewechselt hat, selbst schon strafbar. Dies widerspricht den Grundsätzen der Verfassung Amerikas wie jedes anderen demokratischen Staates. War man in den Vierzigerjahren gegenüber den Kommunisten zu vertrauensselig, so bedeutete der McCarthyismus eine Überspitzung in der umgekehrten Richtung.

Noch ein anderer Fall ist sehr bezeichnend für die Geistesverwirrung, welche die Amerikaner ergriffen hat, nämlich der Fall des Professors Robert Oppenheimer. Dieser Gelehrte kann als der eigentliche Erfinder der Atombombe angesehen werden. Er wurde nun von der Atomenergiekommission als Vorsitzender ihres beratenden Ausschusses suspendiert und hatte von diesem Moment an keinen Zugang mehr zu den Geheimnissen der Atomforschung. Zwei Vorwürfe wurden gegen ihn erhoben, nämlich daß er in seiner Jugendzeit mit dem Kommunismus sympathisiert habe und daß er gegen die Herstellung der Wasserstoffbombe gewesen sei. Oppenheimer rekurrierte gegen diese Behandlung, und der Sicherheitsrat der Atomenergiekommission fällte am 1. Juni 1954 eine Entscheidung. Danach wurde dem Professor Oppenheimer bestätigt, daß er ein loyaler Staatsbürger sei, gleichzeitig wurde aber verfügt, daß er seines Amtes enthoben bleiben solle, da er eine Gefahr für die Sicherheit Amerikas sei. Dieser Entscheid konnte nur Kopfschütteln erwecken, denn seine beiden Teile widersprachen einander. Der Verband der amerikanischen Wissenschafter kritisierte ihn aufs heftigste, und im Moment, da wir schreiben, sind die Akten noch nicht geschlossen, weil die gesamte Atomenergiekommission und letzten Endes der Präsident selbst dazu noch Stellung beziehen müssen. Der Fall ist nicht nur eine menschliche Tragödie des Gelehrten Oppenheimer, der nun den „Dank der Republik" entgegennehmen darf, sondern er ist auch sehr ernst zu nehmen, wenn man die Aussichten Amerikas im Rüstungswettlauf mit Rußland in Betracht zieht. Wenn Amerika seine besten Männer vor den Kopf stößt, wenn die fähigen jungen Leute den Staatsdienst meiden, um nicht in die Fänge von Hexenjägern wie McCarthy zu geraten, so steht es schlimm um das Land.

Amerika hat das Monopol der bereits „klassisch" zu nennenden Uran-Atombombe nicht mehr, es hat auch nicht mehr das Monopol der Wasserstoffbombe, die auf einem thermonuklearen Prozeß beruht. Am 8. August 1953 gab Malenkow bekannt, daß auch Rußland die Wasserstoffbombe besitze. Die Reihe von Versuchen mit solchen Bomben, die Amerika im März 1954 im Stillen Ozean durchführte und die an sich durchaus glückten, hat nicht dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein der Amerikaner wieder zu heben. Vielmehr brach eine regelrechte Hysterie aus, da die amerikanische Bevölkerung sich sagen lassen mußte, daß im Falle eines Krieges solche Feuerteufel auch über ihren Städten explodieren würden und daß es dann keinen Schutz vor Vernichtung geben kann. Auch wurden wieder Stimmen laut, daß die Menschheit sich große Schuld aufgeladen habe, weil sie bis in die innersten Geheimnisse der Natur eingedrungen sei und sich dadurch angemaßt habe, Zerstörungskräfte zu entfesseln, wie sie sonst nur bei der Entstehung und beim Untergang der Welten am Werk sind. Solche moralische Bedenken waren es auch, die den Gelehrten Oppenheimer veranlaßt hatten, gegen den Bau der Wasserstoffbombe zu opponieren. Präsident Eisenhower unternahm am 8. Dezember einen neuen Vorstoß, mit den Russen wieder Atomgespräche anzuknüpfen, um die nuklearen Kräfte doch noch einer übernationalen Kontrolle zu unterstellen, aber er mußte im Laufe des Jahres zugeben, daß sich die widerstrebenden Standpunkte nicht annähern ließen. So schwebt über der Menschheit weiterhin das Damoklesschwert der alles vernichtenden Bomben, und daneben treibt sie gemütlich weiter Machtpolitik um Grenzen und Einflußsphären, wie wenn man noch im Zeitalter der Kabinettskriege lebte, als Krieg noch die Fortsetzung der Diplomatie mit anderen Mitteln war und nicht eine alles verschlingende Katastrophe bedeutete.

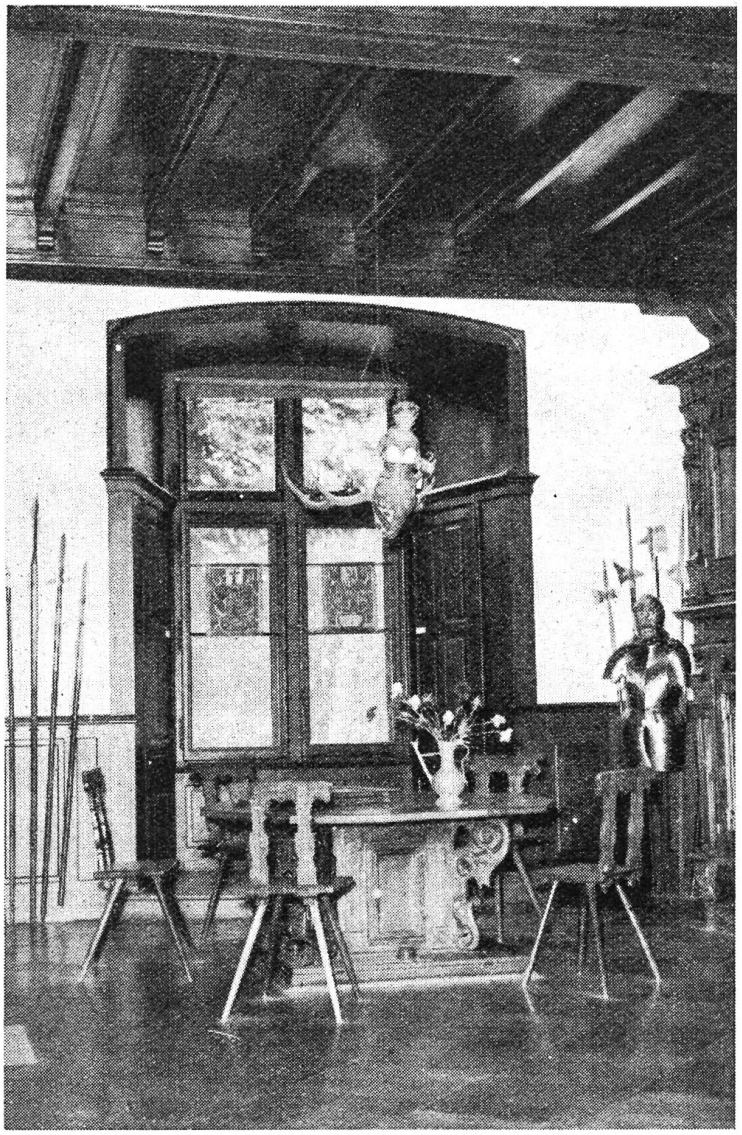
*

In der Bundesrepublik Deutschland dauerte der wirtschaftliche Aufstieg weiter an, der seit der Währungsreform eingesetzt und immer schnelleres Tempo angenommen hatte. In der europäischen Zahlungsunion wurde Deutschland ein

Gläubiger, und die deutschen Touristen haben so hohe Zuteilungen, daß sie sie meistens gar nicht voll ausschöpfen können. Auch politisch machte die Konsolidierung Fortschritte, indem die Bundestagswahl vom 6. September 1953 die radikalen Parteien zur Rechten und Linken zum Verschwinden brachte. Als Sieger des Tages stand der Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer da, dessen Partei, die Christlich-Demokratische Union, mit 244 Mandaten die absolute Mehrheit eroberte. Nun war es ihm möglich, die Ratifikation der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft abzuschließen, womit er sich heute bei den Amerikanern als der europäische Musterknabe präsentiert. Allerdings ist die Saarfrage, über die zwischen Bonn und Paris immer wieder konferiert wurde, von einer Lösung immer noch ziemlich weit entfernt, obschon sowohl Deutschland wie Frankreich sich prinzipiell mit dem Europäisierungsplan des holländischen Sozialisten van Naters einverstanden erklärt haben.

*

In Frankreich war die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bei Abschluß dieser Chronik immer noch nicht ratifiziert, und die Aussichten sahen nicht gerade rosig aus. Die alte Furcht vor Deutschland und der Stolz auf die eigene Armee lassen den Franzosen den Zusammenschluß der nationalen Streitkräfte unter einem gemeinsamen europäischen Kommando als Schreckgespenst erscheinen. Die kritische Lage in Indochina und die Genfer Konferenz dienten als Vorwand, um den Entscheid, zum Mißfallen der Amerikaner, immer weiter hinauszuzögern. Während der ganzen Berichtsperiode war das rechtsstehende Koalitionskabinett Laniel am Ruder, in welchem Vertreter der aufgelösten gaullistischen Partei neben Volksrepublikanern, Bauern, Radikalen und Unabhängigen sitzen, die Sozialisten aber fehlen. Am 12. Juni 1954 wurde Laniel nach einjähriger Regierungszeit wegen der indochinesischen Frage gestürzt. Nach nur fünftägiger Krise gab die Nationalversammlung dem Radikalsozialisten Pierre Mendès-France das Vertrauen, der versprach, binnen eines Monats einen Waffenstillstand in Indochina herbeizuführen oder wieder zurückzutreten. Als sein eigener Außenminister kam er am 23. Juni nach Bern, um mit



Im Sommer 1954 hat das Bernische Historische Museum im Schloß Oberhofen eine Filiale errichten können. Unser Bild zeigt die Renaissance-Halle.

ATB-Bilderdienst, Zürich

seinem chinesischen Kollegen Tschu En-lai zu konferieren.

Der Krieg in Indochina nahm im Frühling 1954 eine schlechte Wendung, da die Truppen des aufständischen Vietminh nun von den Chinesen plötzlich auch schweres Material geliefert bekamen, das es ihnen erlaubte, den Franzosen in offener Feldschlacht entgegenzutreten. In 56 Tage währender Belagerung bedrängten sie die französische Festung Dien Bien Phu, die sie am 7. Mai ganz eroberten. Die französischen Verluste betrugen 12 000 Mann. Nun öffnete sich den Vietminh der Weg nach Laos und nach dem Delta von Hanoi. Der Plan des Generals Navarre, der den französisch-vietnamesischen Truppen das Gesetz des Handelns hatte zurückgeben wollen, war damit endgültig durchkreuzt. Am 8. Juni übernahm ein neuer Vertreter Frankreichs, General Ely, das militärische und zivile Oberkommando in Indochina. Den assoziierten Staaten, d. h. Viet-nam, Laos und Kambodscha, hat Frankreich indessen bereits formell die absolute Unabhängigkeit zugesprochen, so daß es in Indochina nicht mehr um seine Kolonien sondern gegen den Kommunismus kämpft. Der größte Teil des französischen Volkes wünschte sich einen ehrenvollen Rückzug aus jenen Regionen.

Schwierig ist auch die Lage in Marokko, wo Frankreich am 20. August 1953 den Sultan Sidi Mohammed ben Youssef absetzte, da er mit den Nationalisten konspiriert hatte. Er wurde zuerst nach Korsika und dann nach Madagaskar ins Exil gebracht. Sein Nachfolger, Sultan Sidi Mohammed ben Arafa, genießt aber wenig Autorität, und das ganze Land befindet sich in einem revolutionären Stadium. Im Mai 1954 wurde in Francis Lacoste ein neuer Generalresident eingesetzt, aber auch er wird wenig ausrichten können, solange Frankreich nicht seine Marokkopolitik auf ganz neue Grundlagen stellt. Auch Marokko hängt mit Indochina zusammen: denn wenn Frankreich sich dort zurückziehen muß, so wird seine Stellung gegenüber den Ansprüchen der marokkanischen Nationalisten (zu denen sich auch die tunesischen gesellen) erheblich geschwächt.

Zu erwähnen ist noch, daß als Nachfolger des französischen Staatspräsidenten Vincent Auriol, dessen siebenjährige Amtszeit abgelaufen war, im Dezember 1953 René Coty gewählt wurde, nach einem Wahltheater, das den Fran-

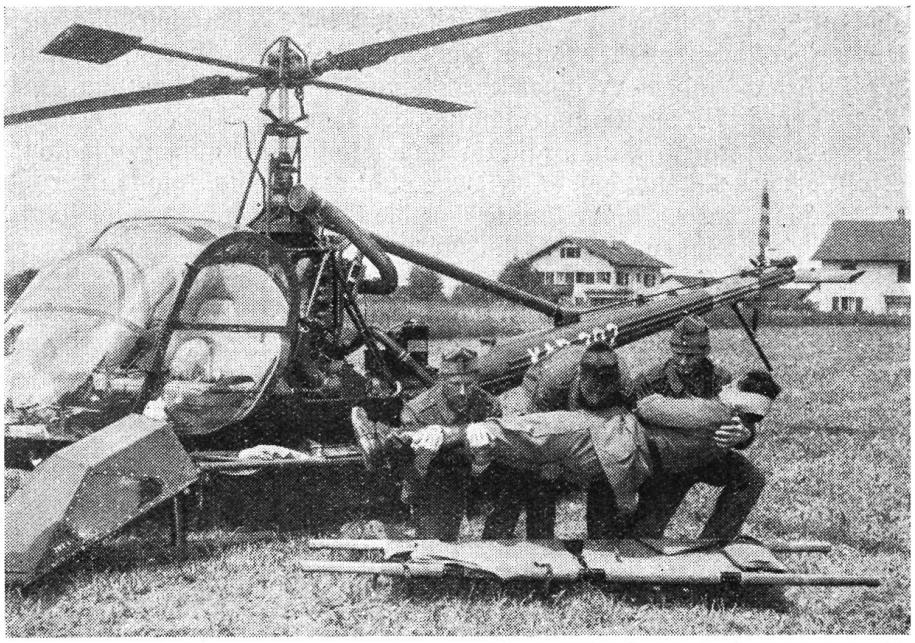
Dudelsackpfeifer der Polizeimusik aus Glasgow (Schottland) statteten Bern einen Besuch ab.

Photo W. Rydegger, Bern

zosen wenig Ansehen brachte, da die Parlamentarier nicht weniger als 13mal zur Stimmabgabe aufgerufen wurden, bis es endlich glückte, die absolute Mehrheit auf einen Kandidaten zu vereinigen.

*

Aus Übersee ist Verschiedenes zu vermelden. In Argentinien gewann die Partei Perons am 25. April 1954 die Wahlen, in Paraguay wurde fast gleichzeitig durch eine kurze, aber blutige Revolution das Regime gewechselt; in Guatemala brach am 18. Juni ein von Honduras und Nicaragua unterstützter Aufstand gegen die unter starkem kommunistischem Einfluß stehende Regierung des Präsidenten Arbenz aus. Dieser trat am 28. Juni unter dem Druck der Ereignisse zurück. In Britisch-Guayana mißglückte der britische Versuch, der Kolonie Selbstregierung zu gewähren, da die gewählte Regierung der Kolonie unter kommunistischen Einfluß geriet; in Kenya hatten die Engländer das ganze Jahr gegen die aufständischen Neger der Mau-Mau-Organisation zu kämpfen; in Uganda setzte das britische Kolonialministerium den einheimischen Negerkönig ab, da es ihm zu große Unabhängigkeitsgelüste vorwarf; in Australien und Neuseeland hatte die Bevölkerung große Freude am Besuch des englischen Königspaares; Pakistan schloß einen Vertrag über amerikanische Waffenhilfe ab und baute eine Achse mit der Türkei auf; in Syrien wurde der Diktator Schischakli gestürzt, und in Persien gelang es nach einem zuerst mißglückten Militärputsch, den diktatorischen Mossadegh am 19. August 1953 zu stürzen, worauf der Schah wieder voll in seine Rechte eintreten konnte und General Zahedi zu seinem getreuen Ministerpräsidenten ernannte. Über die Wiederingangsetzung der ehemals englischen Ölfelder in Südpersien trafen die großen Petrolkonzerne der ganzen Welt ein Abkommen und nahmen Verhandlungen mit Persien auf, die aber sehr harzig verliefen. Mossadegh selbst wurde vor ein Gericht gestellt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.



Im Frühjahr 1954 fanden große Sanitätsmanöver statt. Für den Verwundetentransport wurden auch Helikopter eingesetzt.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Sehr dramatisch verlief die Entwicklung in Ägypten. Nachdem König Faruk im Sommer 1952 verjagt worden war, regierte dort General Naguib als allgemein anerkannter, milder Diktator. Sein Wunsch war es, in Ägypten wieder demokratische Zustände herzustellen. Dies paßte nun den Scharfmachern in der Militärjunta, auf die Naguib sich stützte, nicht, und am 25. Februar 1954 versuchte Oberst Nasser den General abzusetzen. Dies mißlang, da das Volk und ein Teil der Truppen sich auf Seiten Naguibs stellten. Um Blutvergießen zu vermeiden, gab Nasser nach, und Naguib feierte mit Nasser tränenreiche Versöhnung. Unterirdisch begann nun aber Nasser Naguibs Stellung erneut zu unterwühlen. Während Naguib sein Demokratisierungsprogramm fortsetzte, das Revolutionstribunal und die Zensur

abschaffte, die Parteien wieder zuließ und Wahlen vorbereitete, weckte Nasser das Mißtrauen der Offiziere, indem er ihnen weismachte, daß Naguib daran sei, die Errungenschaften der Revolution zu verraten. Ein sorgfältig angezettelter Streik bewies Naguib, daß er die Lage nicht mehr in der Hand hatte. Nasser konnte ihm die Macht stückweise entwinden, und bis im April hatte er das Heft völlig in den Händen. Er war schlau genug, Naguibs persönliches Ansehen nicht anzutasten und ihn auf dem rein repräsentativen Posten eines Präsidenten der Republik zu belassen. Damit hat sich Ägypten wieder so weit von der Demokratie entfernt wie je und ist als revolutionäre Militärdiktatur anzusehen. Außenpolitisch hatte Naguib im Vorjahr noch einen großen Erfolg errungen, indem England sich mit der Unabhängigkeit des Sudans einverstanden erklärte. Am 29. November 1953 fanden im Sudan Wahlen statt, die mit einem Sieg jener Partei endeten, die für Vereinigung des Sudans mit Ägypten eintritt, und am 9. Januar 1954 wurde die erste sudanesische Regierung gebildet. In der Suezkanalfrage kam man dagegen keinen Schritt vorwärts: die Ägypter hielten ihren Anspruch aufrecht, und die Engländer weigern sich, ihre Truppen zurückzuziehen. Außenpolitisch ist Ägypten am Ende des Berichtsjahres völlig isoliert. Mit England liegt es in offenem Streit, und die Amerikaner haben auf die türkisch-irakisch-pakistanische Karte gesetzt und lassen Ägypten links liegen.

*

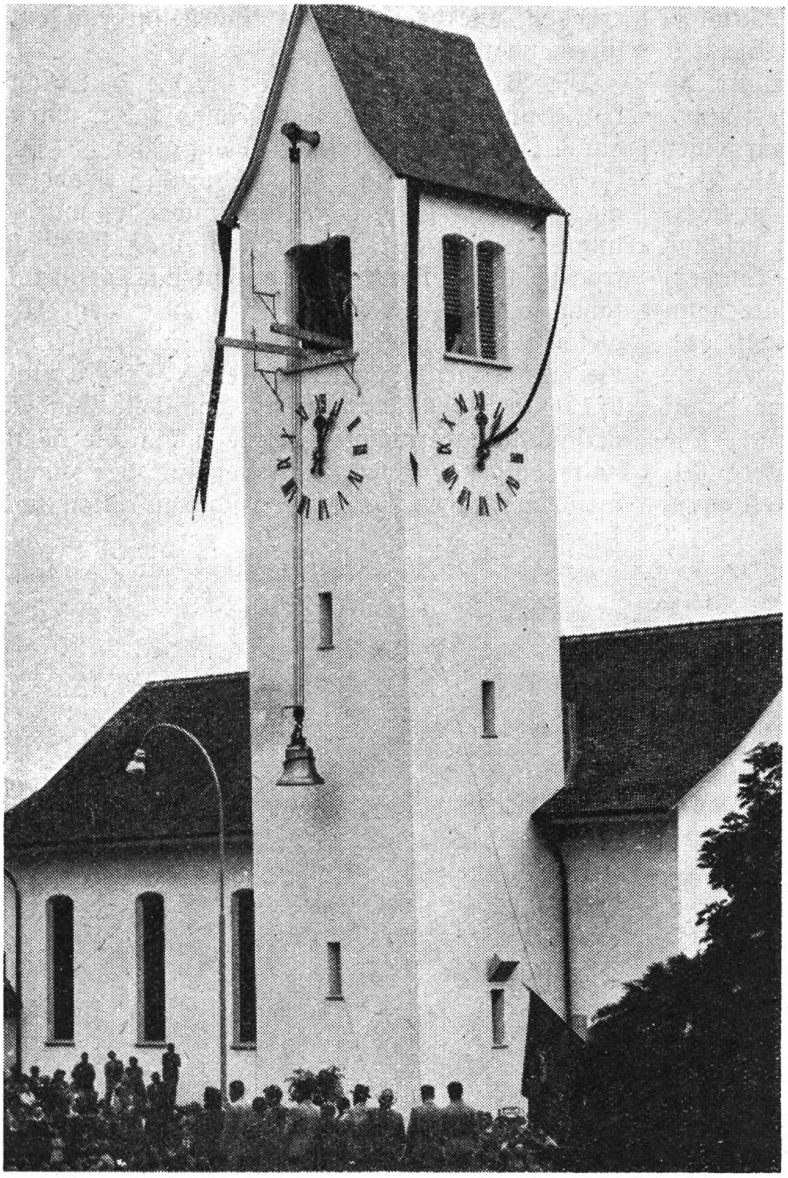
Obschon sich die Eidgenossenschaft im Einklang mit der übrigen Welt immer noch einer ausgezeichneten Konjunktur erfreut und der Lebensstandard des Volkes weiter ansteigt, was sich z. B. in der außerordentlich starken Motorisierung äußert, so waren es doch vorwiegend wirtschaftliche Probleme, die gegenüber den eigentlichen politischen Fragen den Vorrang hatten. Auf den 1. Januar 1954 setzte der Bundesrat das Landwirtschaftsgesetz teilweise in Kraft, nämlich die allgemeine Verordnung, das Fleisch- und das Milchstatut sowie die Bestimmungen über Pflanzenbau und landwirtschaftliche Hilfsstoffe. Jene Bauern, die geglaubt hatten, mit dem Landwirtschaftsgesetz seien sie nun aller Nöte enthoben, mußten allerdings auf den 1. Mai eine Enttäuschung erleben; denn der Bundesrat beschloß, den Produzentenmilchpreis um einen Rappen zu senken. Für den Konsumenten änderte sich nichts, der Rappen diente vielmehr dazu, das Loch zu stopfen, das infolge der gesunkenen Butterimporte entstanden war. Indem die billige ausländische Butter künstlich verteuert wurde, war es möglich, die inländische zu verbilligen. Da nun aber die Milchproduktion im laufenden Jahr immer mehr zugenommen hatte, wurde immer mehr eigene Butter hergestellt und um so weniger importiert, wodurch das ganze künstliche Gebäude der Preisausgleichskasse ins Wanken kam. Der Bundesrat mochte seine guten Gründe haben, daß er das Problem durch eine Senkung des Produzentenmilchpreises zu lösen suchte, er hoffte wohl auch der drohenden Milchschwemme damit vorzubeugen, aber es mußte als stoßend empfunden werden, daß in einer Zeit der Hochkonjunktur, wo alle andern Volksklassen gut verdienen, ausgerechnet dem Bauern von seinem sauer genug erarbeiteten Erwerb ein Teil weggenommen wurde. Der Unmut der Bauern war deshalb wohl begreiflich. Er äußerte sich in einem Marsch auf Bern, der am 9. Mai stattfand und rund 20 000 Landwirte auf dem Bundesplatz vereinigte, wo sie in aller Disziplin für ihre Rechte demonstrierten. In andern Schweizer Städten folgten ähnliche Demonstrationen. Den Anfang mit diesen Straßenmanifestationen machten aber nicht die Bauern sondern die Arbeiter, die am 28. März auf dem Bundesplatz gegen eine Erhöhung des Milch- und Brotpreises und der Mieten demonstriert hatten. In Sachen Milchpreis konnten die Arbeiter mit dem Bundesrat zufrieden sein, aber was den Brotpreis anbelangt, so verfügte die Landesregierung am 1. April eine Erhöhung des Ruchmehlbrotes um 6 Rappen pro Kilo, allerdings setzte sie gleichzeitig den Preis für Weißmehl um 10 Rappen pro Kilo herab, und am 1. Juni fällte sie dann den Entscheid, daß die Mieten für Altwohnungen um 5 % erhöht werden dürfen. Ob es bei diesen Entscheiden wohl eine Rolle gespielt hat, daß die Sozialdemokraten nicht mehr in der Landesregierung vertreten sind?

Am 7. Dezember 1953 hatte nämlich Bundesrat Dr. Max Weber nach zweijähriger Amtszeit seinen Rücktritt aus dem Bundesrat erklärt, da er die Verwerfung der neuen Bundesfinanzordnung durch das Volk als Mißbilligung seiner Politik betrachtete. Er lehnte es ab, die Verantwortung für einen neuen Vorschlag zu übernehmen. Die sozialdemokratische Partei beschloß darauf, keinen Vertreter mehr in den Bundesrat abzuordnen. Am 22. Dezember wählte dann die Bundesversammlung mit 113 von 216 gültigen Stimmen den Zürcher Freisinnigen Dr. Hans Streuli in den Bundesrat, der damit wieder eine freisinnige Mehrheit erhält. Die Sozialdemokraten sparen es sich auf spätere Zeit auf, den Anspruch auf eine Zweiervertretung zu erheben, wie es ihrer Parteistärke im Rat entsprechen würde.

Die Bundesfinanzreform, die den Rücktritt Bundesrat Webers zur Folge hatte, wurde am 6. Dezember mit 488 000 Nein gegen 354 000 Ja verworfen. Damit ist das dornige Problem, an das schon so viel Zeit verschwendet wurde, immer noch ungelöst, und man muß sich bald fragen, ob der schweizerische Volksstaat denn unfähig sei, sich ein Steuergesetz zu geben. Am gleichen Tag nahm das Schweizer Volk einen Verfassungsartikel über den Gewässerschutz mit 671 000:154 000 Stimmen an, womit die Bundesversammlung ermächtigt wird, endlich die höchst notwendigen Gesetze zu erlassen, die der zunehmenden Verpestung unserer schönen Seen und

Im Herbst 1953 defilierte ein ganzes Armeekorps vor Bundesrat Kobelt bei Solothurn.

ATP-Bilderdienst, Zürich



Feierlicher Glockenaufzug an der neuen Kirche in Gümligen: 12. Juni 1954

Flüsse ein Ende setzen soll. Diese Gesundung wird allerdings lange dauern und viel Geld kosten.

Am 20. Juni kamen zwei Bundesgesetze zur Abstimmung, die die Bundesversammlung in der letzten Session des Jahres 1953 verabschiedet hatte und gegen die das Referendum ergriffen worden war. Das eine betraf die außerordentliche Hilfeleistung an kriegsgeschädigte Auslandschweizer. Das Parlament hatte beschlossen, daß die zur Verfügung stehenden 121,5 Millionen Franken, die die deutsche Bundesrepublik als Abzahlung der sogenannten Clearingmilliarde zur Verfügung stellen mußte, den notleidenden Auslandschweizern nach dem Fürsorgeprinzip zu verteilen seien, während die Gegner der Vorlage, die sich um den Landesring scharten, eine allgemeine Geldverteilerei unter den geschädigten Auslandschweizern vornehmen wollen. Das Volk verwarf mit 308 806 gegen 242 845 Stimmen die Vorlage. Das zweite Gesetz betraf den obligatorischen Fähigkeitsausweis für vier in ihrer Existenz gefährdete Gewerbe. Fortan sollten nur noch solche Schuhmacher, Coiffeure, Sattler und Wagner ein Geschäft eröffnen oder übernehmen dürfen, die das Meisterdiplom erworben haben. Das Volk verwarf die Vorlage mit 379 770 gegen 187 523 Stimmen.

Am 23. November 1953 begannen in Zürich die regelmäßigen Fernsehversuche vom Sender Uetliberg aus. Im Sommer 1954 wurde die europäische Fernsehachse über Chasseral–Jungfraujoch in Betrieb genommen und ein erster geglückter Versuch zur Zusammenschaltung von 45 europäischen Fernsehstationen mit 80 Relaissendern vorgenommen. Anläßlich der Fußballweltmeisterschaftsspiele in der Schweiz mußte auch das schweizerische Fernsehen sein Meisterstück ablegen. Das Interesse des Volkes für das Fernsehen erwachte aber nur langsam, im Juni 1953 waren erst 2300 Empfangskonzessionen erteilt. Vielerorts machte man sich Sorgen wegen des außerordentlich hohen Finanzbedarfs für die Fernsehprogramme.

Zwei große Ausstellungen fanden neben den traditionellen vier schweizerischen Messen in Basel, Lausanne, St. Gallen und Lugano statt, von denen die Mustermesse durch einen prächtigen

Neubau ein außerordentliches Ausmaß angenommen hat. In Bern erfreute sich vom 14. Mai bis 21. Juni die schweizerische Fremdenverkehrs- und internationale Kochkunstausstellung Hospes eines sehr großen Zuspruchs, indem sie von fast anderthalb Millionen Besuchern bewundert wurde. Für den Herbst ist eine große landwirtschaftliche Ausstellung in Luzern geplant, die sich ebenfalls schon sehr erfolgversprechend angelassen hat. Wir Schweizer sind ein hart arbeitendes Volk, drum gibt es an unseren Ausstellungen jeweils viel interessante Früchte des Fleißes zu sehen, und die Ausstellungsbesucher verstehen es immer, das Nützliche auch mit dem Angenehmen zu verbinden.

Königliche Sanftmut

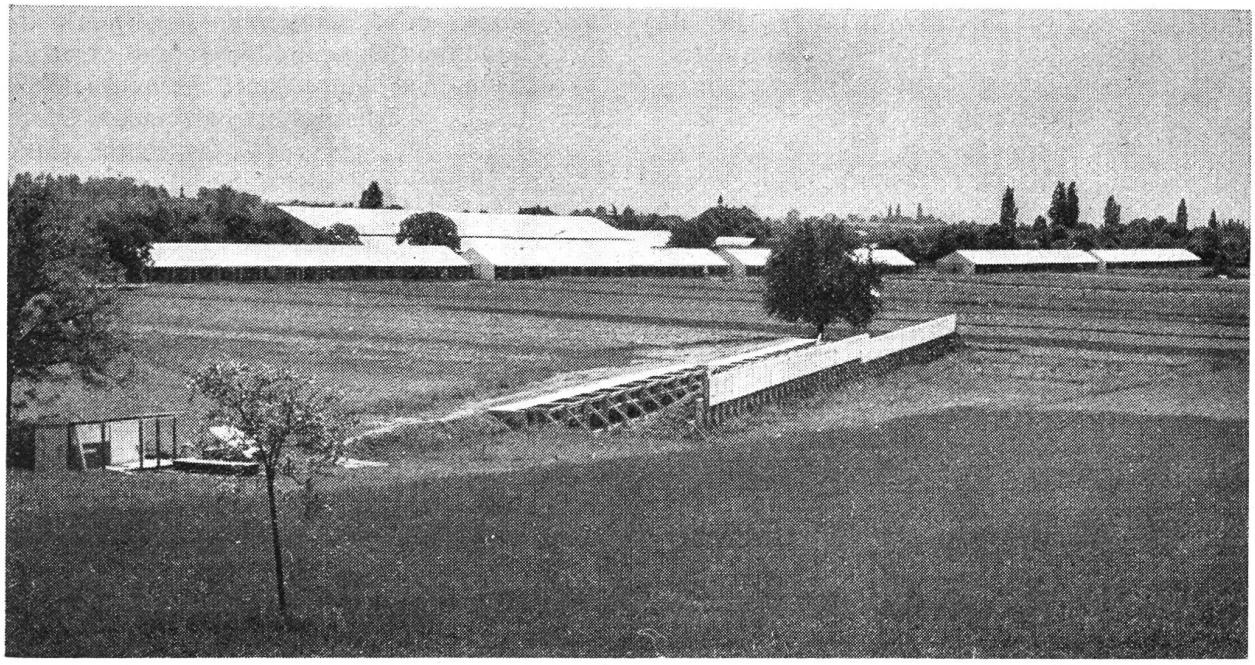
Wenn König Ludwig XV. auf Reisen ging, dann ließ er immer 40 Flaschen alten Weines mitführen, die ausdrücklich nur für ihn reserviert wurden. Er pflegte jedoch niemals diese Flaschen zu benützen. Eines Tages hatte er aber dennoch das Verlangen nach einem Schluck guten Weines und er verlangte eine Flasche. „Es ist kein Wein da, Sire", wurde ihm geantwortet. „Wieso?" wunderte sich der Herrscher. „Habt Ihr vergessen, die 40 Flaschen mitzuführen?" „Nein, Sire, aber sie sind alle ausgetrunken worden." „Wenn die Sache so ist, dann werdet Ihr nächstens 41 Flaschen mitnehmen und trachtet dann, nicht zu vergessen, daß die 41. für mich reserviert ist."

Man kann's auch so lesen! Der kleine Fritz liest über dem Laden das Schild: „Paul Schulze vorm. Kunz."

„Vati", fragt er, „warum heißt denn der Mann vormittags Kunz?"

Ausgesucht höflich. „Ist meine Krankheit auf Alterserscheinungen zurückzuführen?" fragte die Patientin. – „Wir wollen es lieber eine verspätete Kinderkrankheit nennen!" antwortete der galante Arzt.

Heiratsvermittlungsinstitut. „Ihres Institut isch dänk guet bekannt?" — „Ja, klar! Sit em Jänner hei mer scho füfhundert Härz umgsetzt!"



Eidgenössisches Schützenfest 1954 in Lausanne-Ecublens

Photopreß-Bilderdienst, Zürich